

Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ereignisse im Frühsommer haben die Ausgangslage zwar nicht grundsätzlich verändert, aber doch zumindest beeinflusst: der Brexit-Entscheid in Grossbritannien macht es für uns noch etwas anspruchsvoller, in wichtigen Zukunftsfragen tragfähige Lösungen bauen zu können. Diese offenen Fragen zur Zuwanderung, zu Bildung, Forschung und Innovation, aber auch zur Unternehmenssteuerreform sind es, welche die parlamentarische Gruppe Bildung, Forschung und Innovation (PG BFI) seit Jahren begleitet.

Wir nähern uns diesen Herbst Entscheiden an und werden zumindest im BFI-Dossier sicherlich eine Kompromiss-Lösung verabschieden können.

Gestatten Sie, dass ich an unsere Kernbotschaft erinnere: dass wir mit diesen Entscheiden letztendlich prägen, ob der Schweizer Nachwuchs in späteren Jahren qualitativ wie quantitativ genügen wird – und ob unsere Wirtschaft über die nötigen Fachkräfte wird verfügen können, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Gerne lade ich Sie deshalb ein: Werden auch Sie Mitglied der PG BFI. Mindestens zweimal jährlich laden wir Sie, liebe Kollegin, lieber Kollege, zu Veranstaltungen ein mit hochkarätigen Referenten, die als Vertreter der Wirtschaft, der Forschung und des Bildungssektors wie der Behörden über Neuerungen, Innovationen und Trends weltweit informieren. Senden Sie uns dazu bitte einfach die beiliegende Beitrittserklärung zur PG BFI zurück.

Die PG BFI hat es sich zur Aufgabe gemacht, Sie auf diese kommenden Diskussionen bestmöglich vorzubereiten. Bitte merken Sie sich unseren traditionellen Sessions-Anlass von **Donnerstag, 29. September 2016** vor!

## Parlament – Herbstsession 2016

### **16.025 BFI-Botschaft 2017-2020 SR/NR**

#### **Mehr Mittel für den BFI-Bereich – trotz Stabilisierungsprogramm**

Die vorberatende Kommission des Ständerates hat gute Arbeit geleistet. *Der Ständerat müsste in der Septembersession dafür sorgen, das Ausgabenwachstum für den Bildungsbereich gegenüber Bundesrat und Nationalrat zu verbessern.* Bundesrat und Nationalrat wollen die BFI-Fördermittel auf durchschnittlich jährlich 2 Prozent Wachstum beschränken. Die PG BFI weist darauf hin: Eine breite Allianz aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft fordert ein durchschnittliches jährliches Mittelwachstum von 2,4 Prozent. Ursprünglich waren 3,2 Prozent vorgesehen. Die Bedeutung des BFI-Systems ist zu gross für die Schweiz, als dass wir es uns leisten könnten, ausgerechnet bei dieser, unserer grössten Ressource, international zurück zu fallen. Es ist deshalb wichtig und nötig, dass der Ständerat prüft, wie die Ziele des Stabilisierungsprogrammes erreicht und gleichzeitig eine Stärkung des BFI-Bereichs stattfinden kann.

**Empfehlung:** Ja zur BFI-Botschaft 2017-2020.

## 16.3426 Mo. Innovationsförderung für Schweizer KMU statt internationale Grosskonzerne SR

### Innovationsförderung näher an den Markt führen

Die Motion fordert, das Gesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) sei so anzupassen, dass als private Partner von Innovationsprojekten (Art. 19 Abs. 2 lit. a FIFG) ausschliesslich Schweizer KMU teilnehmen können. Internationale Konzerne und deren Tochterunternehmungen seien von den Innosuisse-Fördergeldern (früher KTI) auszunehmen. Die Motion ist abzulehnen: Entsprechende Fördergelder kommen Projekten zu gute, von denen im Innovations-Netzwerk die Schweizer KMU profitieren. Konzerne und deren Töchter agieren in der Schweiz als starke Innovationstreiber; es gibt keinen stichhaltigen Grund, diesem Innovationsmotor von entsprechenden, dafür bereit gestellten Fördergeldern auszunehmen. Eine solche Massnahme würde im Gegenteil die KMU schwächen. Gerade in diesem Bereich würde die Beschränkung auf rein Schweizerische KMU-Förderung genau jene beschneiden, die als eigentliche Auftragsgeneratoren für die Schweizer KMU agieren.

<b>Empfehlung:</b> Nein zur Mo. 16.3426.
--

## 16.027 Ausländergesetz. Steuerung der Zuwanderung NR – 21. September 2016

### Beschränkung der Zuwanderung – Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative

Der Nationalrat wird im September den bundesrätlichen Vorschlag zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative behandeln. Die vorberatende Kommission einigte sich am 02.09.2016 mit 16 zu 9 Stimmen auf eine milde Umsetzung von Art. 121a BV, die folgende drei Stufen von Massnahmen enthält:

1. **Verstärkte Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotentials.** Dadurch soll die Zahl der Arbeitslosen reduziert und der Bedarf der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften etwas gedämpft werden.
2. **Meldung der offenen Stellen ans Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV).** Der Bundesrat kann anordnen, dass Arbeitgeber offene Stellen zunächst dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) melden müssen. Die Grenze wird vom Bundesrat unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung, der Arbeitslosigkeit und der Löhne festgelegt.
3. **"Geeignete Abhilfemassnahmen".** Bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen kann der Bundesrat "geeignete Abhilfemassnahmen" beschliessen. Diese dürfen aber nur mit Zustimmung der EU auf der Grundlage des Art. 14 Abs. 2 des Personenfreizügigkeitsabkommen in Kraft gesetzt werden.

Sicherlich: Die Kontroversen rund um die Frage eines Rahmenabkommens mit der EU (und dessen Bedeutung für die Fortführung der bilateralen Verträge) sowie der zwischen-

zeitlich in Grossbritannien gefällte Brexit-Entscheidung werden die definitive Ausrichtung des Schweizer Ansatzes nicht vereinfachen. Nichts desto trotz haben wir im Parlament die Aufgabe, eine praktikable und fristgerechte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative festzulegen, welche die bilateralen Verträge nicht torpediert.

Und wie auch immer sich die parteiübergreifenden Gespräche um den gänzlichen Verzicht auf Kontingente bis Ende Jahr entwickeln: Der bundesrätliche Vorschlag, sämtliche über ein Jahr bei uns weilenden ausländischen Schülerinnen und Schüler sowie Studierende und Post Doc Absolventen zu kontingentieren, welche in der Schweiz Schulen und Universitäten besuchen, wäre ein unverzeihliches Eigentor. Die seitens der Kommission mit deutlichem Mehr beantragte ersatzlose Streichung des fraglichen Art. 27<sup>1bis</sup> im Ausländergesetz ist deshalb richtig. Das Bildungsland Schweiz, unsere Wirtschaft und unser Tourismus würden unbegründet Schaden nehmen; zahlreiche erfolgreiche Privatschulen, namentlich im Hotel- und Tourismusbereich, stünden vor einem unlösbaren Problem. Das Erlangen von Schweizer Diplomen, Studienabschlüssen und Doktoraten würde breit verunmöglicht. International würde nicht verstanden, dass die hervorragenden Lehrgänge an unseren Hochschulen und Bildungsinstitutionen nur noch mit jährlich neu zu beantragender Bewilligung zugänglich wären.

**Empfehlung:** Ja zu einer autonomen Umsetzung des Ausländergesetzes mit Augenmass.

## Ausblick - Sessionsanlass PG BFI Herbst 2016

**Agenda Sessionsanlass PG BFI vom Donnerstag, 29. September 2016, ab 12.30 Uhr**

---

### Wie Forschungs- und Innovationsstandorte wachsen – das Beispiel Singapur - Schweiz

**Key-Note: Prof. Dr. Ulrich W. Suter, ETH Zürich / National Research Foundation Singapore**

---

**Donnerstag, 29. September 2016**, ab 12.30 Uhr (Lunch) bis 14.30 Uhr im Hotel Bellevue Palace Bern, Saal «Zur Münz»

#### Programm

Ab 12.30	Apéro und Lunch
13.15	Begrüssung und Einführung durch Herr <b>Nationalrat Gerhard Pfister</b> , Präsident der parlamentarischen Gruppe Bildung, Forschung und Innovation PG BFI
13.30	Referat: «Forschungs- und Innovationsstandort Singapur: Erfahrungen und Insight für die Schweiz»  <b>Prof. Dr. Ulrich W. Suter</b> , Professor ETH Zürich, Präsident SATW, VR SIKA AG

Ich freue mich, Sie alle an unserem Sessionsanlass begrüßen zu dürfen.  
Gerne nehmen wir Ihre Anmeldung entgegen: [info@pgbfi.ch](mailto:info@pgbfi.ch)

*Die PG BFI engagiert sich für einen attraktiven Forschungsplatz Schweiz, welcher interessante Arbeitsplätze für in- und ausländische Fachkräfte bietet und der (auch weiterhin) als Innovationsmotor für die Schweiz dient. Nur so können Forschung und Innovation ihre Leistungen zum Wohle aller erbringen.*

*Ihr Gerhard Pfister, Nationalrat  
Präsident der PG BFI*

**Parlamentarische Gruppe für Bildung Forschung und Innovation PG BFI**

Nordstrasse 15 – Postfach

CH-8021 Zürich

Telefon +41 44 368 17 11

Telefax +41 44 368 17 70

E-Mail [info@pgbfi.ch](mailto:info@pgbfi.ch)

Internet [www.pgbfi.ch](http://www.pgbfi.ch)